

Aus: **Ausgabe vom 06.06.2015**, Seite 1 (Beilage) / Wochenendbeilage

»Das sind keine Horrormärchen«

Gespräch mit Christian Woltering. Über die wachsende Armut in der Bundesrepublik, deren Ursachen und Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt sowie mögliche Strategien der Gegenwehr

Interview: Markus Bernhardt

Insgesamt mehr als zwölf Millionen Menschen gelten Ihrem Verband zufolge in der Bundesrepublik als arm. Wie definieren Sie, welche Haushalte betroffen sind?

Wir verwenden für unseren Armutsbericht den international üblichen Index: die relative Einkommensarmut. Dieses von OECD, EU und vielen anderen Organisationen auf der ganzen Welt verwendete Konzept bezeichnet diejenigen Haushalte als armutsgefährdet, die im Monat weniger als 60 Prozent des mittleren, bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben. Im Jahr 2013 bedeutete dies, dass als armutsgefährdet galt, wer beispielsweise als Single ein geringeres monatliches Gesamteinkommen als 892 Euro zur Verfügung hatte. Für eine Familie mit zwei Kindern lag der Wert bei 1.873 Euro. Angesichts dieser konkreten Schwellenwerte muss man, wie die Praxis zeigt, von Armut sprechen. Unter diese Schwelle sind im Jahr 2013 15,5 Prozent der Bevölkerung gerutscht, oder anders gesagt mehr als zwölf Millionen Menschen – ein neuer Höchststand seit der Wiedervereinigung.

Nun wird Ihnen sicher häufig entgegnet, dass Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik nicht wirklich ein Problem sei, weil niemand verhungere ...

In der Tat erleben wir in den letzten Monaten einen regelrechten »Kampf um die Armut«. Wir mussten uns als »Etikettenschwindler« und »Hochstapler« beschimpfen lassen, die mit ihren Armutsberichten nur noch nerven. Offensichtlich haben wir da einen wunden Punkt getroffen. Zuletzt kristallisierte sich dabei immer mehr die Frage heraus, was Armut denn nun eigentlich wirklich ist, also wo sie anfängt und wo sie aufhört. Ist man nur arm, wenn man knapp vor dem Verhungern steht? Wenn man sich keine ausreichende Gesundheitsversorgung leisten kann? Wenn man betteln gehen muss? Sind in unserem Land nur diejenigen wirklich arm, die vom Pfandflaschensammeln leben müssen und unter der Brücke schlafen? Oder muss man Armut nicht vielmehr im Kontext der gesellschaftlichen Wohlstandsverhältnisse betrachten? Ich bin der festen Überzeugung, dass es auch jenseits des Klischees viele Menschen gibt, deren Situation von Armut geprägt ist. Und zwar dann, wenn man davon ausgeht, dass zu einem Leben jenseits von Armut nicht nur die biologischen Grundbedürfnisse eines Menschen gehören, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe. Wenn Eltern sich selbst oder ihren Kindern aus finanziellen Gründen nicht mal ein Mindestmaß davon ermöglichen können – und es gibt erschreckend viele Menschen in unserem Land, bei denen das der Fall ist –, dann ist das Armut.

Wie stellt sich diese gravierende soziale Benachteiligung denn konkret dar?

Individueller Wohlstand und umgekehrt auch Armut zeigen sich insbesondere an der Frage, inwieweit man am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Vereinsmitgliedschaften, Kino- und Schwimmbadbesuche oder ein Musikinstrument kosten schlicht und einfach Geld. Geld, das viele arme Familien einfach nicht haben. In der Konsequenz können die Kinder dann eben nicht mit zum Schulausflug und werden krank gemeldet, um sich die Peinlichkeit einer Absage zu ersparen. Man verzichtet auf die regelmäßigen Skatrunden, weil man sich kaum sein eigenes Bier leisten und erst recht keine Runde schmeißen kann. Ganz zu schweigen davon, dass man mitunter gar nicht mehr aus seinen eigenen vier Wänden herauskommt, weil man sich kein Busticket mehr leisten kann. Urlaub kennen viele nur noch vom Hörensagen. Und am Ende des Monats muss man regelmäßig bei »Tafeln« vorbeischaun, um überhaupt noch was in den Kühlschrank zu bekommen. Das sind keine Horrormärchen, das ist die Realität für Millionen Menschen in unserer Gesellschaft.

Welche Personengruppen sind am meisten betroffen?

Besonders häufig trifft es vor allem diejenigen, von denen wir längst wissen, dass sie besonders gefährdet sind, in Armut abzurutschen. Also arbeitslose Menschen, solche mit niedrigem Bildungsniveau und viele Alleinerziehende. Oft kommen auch mehrere Faktoren zusammen. Gerade, weil wir schon lange wissen, dass es diese Menschen besonders schwer haben, ist es eine Schande, dass die Armut dort nicht nur stagniert, sondern zum Teil auch noch gestiegen ist in den letzten zehn Jahren. Da scheinen die politischen Instrumente, sofern es diese denn überhaupt noch gibt, wirkungslos zu sein.

Und was sind die Ursachen für die zunehmende Altersarmut?

Bei den älteren Menschen befindet sich die Armutsgefährdung zwar noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau, aber die Entwicklung ist extrem besorgniserregend. Die Zahl der Bezieher von Grundsicherungsleistungen im Alter hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Grund hierfür sind vor allem die immer häufiger gebrochenen Erwerbsverläufe der älteren Menschen. Die Senkung des Rentenniveaus und die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses – Vollzeit, unbefristet, auskömmlich bezahlt – führen dazu, dass immer weniger Menschen ausreichende Rentenansprüche erarbeiten können und in der Folge nicht in der Lage sind, später von diesen Bezügen zu leben. Und wenn man sich nun die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt der letzten 20 Jahre anschaut, ist klar, dass sich dieser Trend noch verstärken wird, wenn nicht umgehend politisch gegengesteuert wird. Das Bild von der auf uns zu rollenden Lawine der Altersarmut ist keine Übertreibung, sondern bittere Realität.

In welchen Bundesländern ist das Risiko am höchsten?

Wie schon in den Jahren zuvor haben wir es regional betrachtet mit einer Dreiteilung zu tun. Der Süden der Bundesrepublik mit Bayern und Baden-Württemberg prosperiert stetig, es gibt ein großes Mittelfeld inklusive NRW rund um den bundesdeutschen Mittelwert von 15,5 Prozent, und wir haben eine Gruppe von Bundesländern, deren Armutsquote deutlich, mitunter sogar massiv über dem Durchschnitt liegt. Den traurigen Spitzenplatz nimmt Bremen ein, dicht gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. In beiden Bundesländern liegt der Anteil armer Haushalte bei über 23 Prozent. Interessant ist es aber auch, sich innerhalb der Bundesländer bestimmte Regionen genauer anzuschauen. Im Ruhrgebiet beispielsweise liegt die Armutsquote mit fast 20 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt – bei steigender Tendenz in den letzten Jahren.

Woher rühren diese regionalen Unterschiede?

Das ist im Einzelfall sehr unterschiedlich. Im Osten Deutschlands sind es häufig immer noch die Spätfolgen der Wiedervereinigung. Im Grunde beobachten wir aber seit langem den Trend, dass die Regionen immer weiter auseinanderdriften. Die wohlhabenden ziehen aufgrund guter Lebensbedingungen immer mehr Menschen an. Viele gut ausgebildete Menschen verlassen die ärmeren Gegenden, sobald sie die Möglichkeit

haben – auch weil es keine wirtschaftliche Perspektive für sie vor Ort gibt. Diejenigen, die es sich nicht leisten können wegzuziehen, bleiben da. Diese Spirale sorgt dafür, dass die reicheren Regionen immer reicher werden und ihren Einwohnern immer mehr an Lebensqualität bieten können, während die ärmeren immer weiter verarmen, was wiederum zu noch mehr Abwanderung führt. Ein Teufelskreis, der Ausbruch daraus ist momentan nicht abzusehen. Umso wichtiger ist daher in diesen Zeiten ein funktionierendes System des finanziellen Lastenausgleichs zwischen den Bundesländern. Wenn wir die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst nehmen, dann müssen wir sicherstellen, dass diese Lebensverhältnisse auch überall zu gewährleisten sind.

Im Ruhrgebiet ist die Armutsquote in den vergangenen fünf Jahren um 20 Prozent gestiegen. Inzwischen ist in einigen Ruhrgebietsstädten jedes dritte Kind betroffen. Was sind die Ursachen?

Es gibt keine armen Kinder ohne arme Familien. Im Ruhrgebiet hat die Kohle- und Stahlindustrie lange Zeit für großen Wohlstand gesorgt. Mit deren Niedergang ist auch das vorbei. Der Strukturwandel dort ist noch im Gange. Mitunter war durch die Werksschließungen die arbeitende Bevölkerung ganzer Stadtteile plötzlich erwerbslos.

Welche Rolle spielen Deindustrialisierung und Werksschließungen – wie etwa im vergangenen Jahr bei Opel Bochum – in diesem Zusammenhang konkret?

Im Ruhrgebiet hat man immer noch mit den Folgen dieses Niedergangs zu kämpfen. Der Wegfall der Großindustrie wie ehemals Kohle und Stahl und zuletzt Opel konnte trotz aller Versuche à la Kulturhauptstadt und Co. bisher nicht kompensiert werden. Gerade in den Regionen mit starker Industrialisierungsgeschichte muss man den Menschen passende Perspektiven geben. Man kann nicht jeden Exkumpel zum Museumspädagogen umschulen. Da muss auch von staatlicher Seite stärkere Unterstützung kommen, insbesondere bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Sonst drohen diese Regionen mittelfristig noch weiter abzurutschen. Dort ist es fünf vor zwölf, da muss man auf allen Ebenen aktiv sein!

Aber selbst in Städten wie Düsseldorf und Köln, deren Einwohner gemeinhin als finanziell bessergestellt gelten, nimmt die Armut zu. Warum klappt die Schere zwischen Gutverdienern und sozial Deklassierten derart auseinander?

Weil die Politik das in den letzten Jahren zugelassen hat. Während man auf der einen Seite die Steuern auf Kapitaleinkünfte und Unternehmensgewinne gesenkt hat, sind auf der anderen Seite die Löhne und Einkommen lange Jahre gleich geblieben oder sogar gesunken. Inflationsbereinigt haben wir heute ein Lohnniveau wie vor 15 Jahren, trotz eines seit langem ungebrochenen wirtschaftlichen Booms. Zusätzlich wurden durch die »Reformen« auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungen immer mehr Menschen in Armut oder zumindest den armutsnahen Bereich abgedrängt. Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen nicht nur mehr als 60 Prozent des gesamtgesellschaftlichen Vermögens, sie haben ihren Anteil im Vergleich zu den anderen Einkommensschichten auch noch deutlich steigern können. Eine solche Entwicklung hat zwangsläufig zur Folge, dass die Gesellschaftsteile auseinanderdriften. Diese Tendenz beobachten wir seit Jahren mit großer Sorge.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dagegenzuhalten und Armut in Deutschland effektiv zu bekämpfen?

Es ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen notwendig. Wir brauchen eine spürbare Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV, zum Beispiel für einen alleinstehenden Erwachsenen von derzeit 399 auf 485 Euro. Wir brauchen einen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, um neue Perspektiven und Einkommenschancen auch für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose zu schaffen. Wir müssen etwas tun für große Familien und insbesondere Alleinerziehende. Wir brauchen entschlossene Reformen, um die auf uns zu rollende Lawine der Altersarmut aufzuhalten. Und wir brauchen eine solidarische Umverteilung zwischen den Regionen. Machen wir uns nichts vor: Voraussetzung für eine Bekämpfung der Armut in Deutschland ist

ein Kurswechsel in der Finanz- und Steuerpolitik. Es ist der Geburtsfehler dieser großen Koalition, von vornherein jegliche Steuererhöhung zum Tabu erklärt zu haben. Um Leistungen der Grundsicherung zu verbessern, um einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzurichten, um Familien wirkungsvoll zu unterstützen, um Hilfen für Alleinerziehende aufzulegen oder die soziale Infrastruktur vor Ort aufrechtzuerhalten, bedarf es zusätzlicher Milliardenereinnahmen im Bund, aber vor allem auch in den Ländern. Deutschland hat in jeder Hinsicht die Möglichkeit, diese Summen zu generieren, ohne wirtschaftliche Risiken einzugehen und ohne kleine und mittlere Einkommen stärker belasten zu müssen. Wer auf Mehreinnahmen bei der Erbschaftssteuer, bei der Besteuerung von Spitzeneinkommen oder bei der Besteuerung sehr großer Vermögen verzichtet, nimmt sich selbst jeglichen Handlungsspielraum und fährt dieses Land armutspolitisch mittelfristig vor die Wand.

Bei der etablierten Politik dürften Sie damit eher auf taube Ohren stoßen, oder?

Das kommt ganz darauf an, mit wem man sich wo unterhält. Im letzten Bundestagswahlkampf hatten drei Parteien das Thema Steuererhöhungen auch in ihren Wahlprogrammen. Rein rechnerisch hätte es sogar zu einer parlamentarischen Mehrheit gereicht, aber die SPD hat sich anders entschieden. Wagt man einen Blick in die Zukunft, bedarf es wenig Phantasie, um zu sehen, dass mit der Schuldenbremse und den damit verbundenen Finanzierungsschwierigkeiten der Länder auch das Thema Steuerpolitik wieder auf die politische Agenda kommen wird.

Also wäre ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und Initiativen vonnöten, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen?

In der Tat werden Bündnisse immer wichtiger, um politisch Einfluss zu nehmen. Wir sind daher in den vergangenen Jahren auch verstärkt gemeinsam mit anderen aktiv geworden. Als Beispiel sei hier die Kampagne »Umfairteilen« genannt oder das Bündnis für eine sozial gerechte Energiewende. Aktuell arbeiten wir mit vielen Partnern darauf hin, dass die Basis unserer Gesellschaft nicht durch internationale Handelsabkommen wie derzeit vor allem durch TTIP untergraben wird. Bündnisse sind gut und wichtig, um sich Gehör zu verschaffen und vor allem, um sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Wir müssen Zivilgesellschaft stärker als Partnerschaft zwar unterschiedlicher, im weiten Teilen sich aber überschneidender Interessen denken. Dieser Verständigungsprozess ist von ungeheurer Bedeutung, und in ihm steckt großes Potential.

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Christian Woltering ist Referent für fachpolitische Grundsatzfragen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband

Informationen:

Der Paritätische Gesamtverband Oranienburger Str. 13–14 10178 Berlin Telefon 030/24636-0

Internet: www.paritaet.org und www.der-paritaetische.de

Terminhinweis:

Linksfraktion vor Ort: Öffentliche Konferenz »Armutsspirale im Ruhrgebiet stoppen!«

Freitag, den 12. Juni, von 16 bis 21 Uhr, im Jahrhunderthaus der IG Metall, Alleestraße 80, 44793 Bochum
Unter anderem mit Sahra Wagenknecht (Erste stellv. Fraktionsvorsitzende Die Linke im Bundestag), Oskar Lafontaine (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Saarländischen Landtag), den Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (Bochum) und Ulla Jelpke (Dortmund), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Politikwissenschaftler, Universität Köln), Dr. Joachim Rock (Abteilungsleiter Arbeit, Soziales und Europa, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin), Jochen Marquardt, (Geschäftsführer DGB, Region Ruhr-Mark), Rainer Eienkel (ehemaliger Betriebsratsvorsitzender bei Opel Bochum)